

Danziger Zeitung.



No 16872.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4.50 Mk., durch die Post bezogen 5 Mk. — Inseratekosten für die sieben-spaltige Zeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1888.

Eine genossenschaftliche Schlächtereier.

(Landwirthschaftliche Original-Correspondenz der „Danziger Zeitung“.)

Mehrfach ist an dieser Stelle bereits darauf hingewiesen worden, daß das Genossenschaftswesen großer Ausdehnung fähig sei; freilich sind die Veruche, neue Gebiete der genossenschaftlichen Arbeit zu erobern, nicht so häufig, als man es im Interesse der Sache wünschen könnte; sie zeigen aber, daß noch in sehr vielen Geschäftszweigen die Beteiligten durch Selbsthilfe Vorteile gewinnen können. So haben sich neuerdings im Westen Deutschlands zur Verwertung resp. Conservirung von Obst und Gemüse, zur Fabrikation von Sauerkraut Genossenschaften gebildet und zum Theil gute Geschäfte gemacht. Einen Schritt in ein noch neues Gebiet haben bauerliche Milchmütter des Städtchens Schwabing bei München gethan dadurch, daß sie eine Schlächtereier-Genossenschaft bildeten. Seit langer Zeit schon versandte man die Milch von Schwabing, welches vor wenigen Jahren noch ein Dorf war und heute noch viele Ackerbürger enthält, per Bahn nach München. Die Verwertung der Milch war hoch, die Milchbesitzer erkannten es für vorthellhaft, möglichst viel Milch zu liefern; damit verträgt sich aber eine regelrechte Viehzucht nicht, man kaufte frische, melkende Kühe an, fütterte sie stark, und wenn die Milch unter ein bestimmtes Quantum sank, welches das Futter nicht mehr bezahlte, wurde die Kuh dem Fleischer überliefert und durch eine neu gekaufte ersetzt. Die Fleischer des Ortes suchten den Preis für die Kühe zu drücken; dieselben waren gut angefüllt, aber nicht regelrecht gemästet, es lohnte deshalb nicht, sie auf entferntere Märkte zu schicken, sie mußten im Ort oder in der Nachbarschaft consumirt werden. Die Viehbesitzer traten zusammen, um sich der Abhängigkeit von den Fleischern zu entledigen, und gründeten eine genossenschaftliche Schlächtereier.

Ähnliche Unternehmungen sind schon früher gemacht worden. So hat der Consum-Berein in Magdeburg vor Jahren seine Geschäfte auch auf die Fleischlieferung, schließlich selbst auf eigenes Schlachten ausgedehnt. Die Schwierigkeiten, alles, auch das geringere Fleisch unterzubringen, das an einem Tage unverkauft geblieben im Sommer vor Verderben zu schützen, waren so groß, daß das Geschäft aufgegeben werden mußte. Vielleicht lag die Ursache darin, daß das Unternehmen von vorn herein zu groß angelegt worden war. Anders machten es die Schwabinger Viehbesitzer, 20 an der Zahl, jeder im Besitz von nur wenigen Kühen, welche nicht häufig umgekehrt werden. Es werden jährlich 80—90 Kühe und 120—150 Stück Kleinvieh — Kälber und Schweine — geschlachtet, es ist ein sehr kleiner Betrieb und bringt dennoch allen Theilen Vorthell.

Die Organisation ist die denkbar einfachste. Der Genossenschaftsvorstand mietet das Schlachthaus und Verkaufsloten für beiläufig 35 Mark monatlich, engagirt einen Fleischer, der zugleich für den Verkauf zu sorgen hat. Letzteres wird zufällig dadurch erleichtert, daß Fleischer und Verkäufer Verwandte des Vorstehers sind. Jedes Mitglied zahlt monatlich 50 Pf. in die Vereinskasse, außerdem bei den Schlachtungen 2 Pf. pro Pfund Fleisch. In der warmen Jahreszeit muß noch 1 Pf. pro Pfund Fleisch zur Beschaffung von Eis gezahlt werden.

Der Fleischer erhält für das Schlachten 3 Pf. pro Pfund Fleisch und für jeden Centner Fleisch 4 Pf. Aufgewicht, das ist seine ganze Bezahlung, er hat dafür das Schlachten und den Verkauf auszuführen. Er darf auch Wurstwaren machen und hat das Recht, falls von den Genossenschaftlern gerade kein Vieh geliefert werden kann, für eigene Rechnung solches anzukaufen und zu schlachten; er muß in diesem Falle 2 Pf. pro Pfund Fleisch an die Vereinskasse

zahlen und das nöthige Eis auf eigene Kosten beschaffen. Hierbei verdient der Fleischer ausreichend, die Viehbesitzer erhalten bessere Preise und die Consumenten erhalten gesundes gutes Fleisch etwas billiger als von den Fleischern. Herr Professor Jeser aus München theilt im „Fortschritt“ mit, daß er am 4. Juni v. J. sich in Schwabing folgende Fleischpreise notirt hat:

Es kostete	in d. Genossenschafts-	bei dem
	Schlächtereier-	Fleischer
1 Pfund Rindfleisch . . .	54 Pf.	56 Pf.
1 „ Kalbfleisch . . .	56 „	60 „
1 „ Schweinefleisch . . .	62 „	66 „
1 „ Filet . . .	70 „	70 „

Folgendes Resultat einer Schlachtung entnehmen wir derselben Mittheilung:

Eine Kuh lieferte 445 Pfd. Fleisch, 80 Pfd. Haut, 48 Pfd. Talg. Für das Schlachten war zu bezahlen: an die Genossenschaft (2 Pf. pro Pfund Fleisch) 8.90 Mk., an den Fleischer (3 Pf. pro Pfund Fleisch) 13.35 „ an die Gemeinde (Schlachttaggabe) . . . 2.50 „ für Eis (1 Pf. pro Pfund Fleisch) . . . 4.45 „

Summa der Unkosten 29.10 Mk.

Dem Genossenschaftler wurde ausgezahlt: für 427 Pfd. Fleisch (nach Abzug von 18 Pfd. Aufgewicht) pro Pfund 48 Pf. = 204.96 Mk., für das Innere . . . 5.00 „ für die Haut . . . 27.20 „ für 48 Pfd. Talg a 15 Pf. . . . 7.20 „

244.36 Mk.

Der Besitzer hatte für die Kuh 250 Mk. gefordert; die Fleischer machten auf diese Forderung aber nicht einmal ein Gebot, weil ihnen der Preis übertrieben hoch, oder vielmehr ihr eigener zu erhöhender Gewinn zu gering erschien, während sie doch nach obiger Tabelle das Fleisch um 2 Pf. theurer pro Pfund. feil geben und dadurch 8.90 Mk. mehr eingenommen haben würden.

Dieses Beispiel zeigt, daß auch in ganz engen Verhältnissen, bei einem so schwierigen Geschäft, wie es das Fleischergerwerbe ist, die Landwirthe durch genossenschaftliche Vereinigung sich selbst helfen können. Die braven Schwabinger Bauern verdienen alle Anerkennung, daß sie durch eigene Kraft dieses Unternehmen geschaffen und erhalten haben.

Deutschland.

Berlin, 15. Jan. Nach Zurückgabe der Gerichtskostenhebung von der Steuerverwaltung an die Justizverwaltung wurde die Umwandlung einer großen Anzahl von Steuerämtern erster Klasse in solche zweiter Klasse und die gänzliche Aufhebung einer Anzahl Steuerämter zweiter Klasse seitens des königlichen Finanzministeriums beschlossen und zum großen Theil auch schon ausgeführt. Es wurde die Umwandlung resp. Aufhebung jedoch meistens bis zu einer Gelegenheit verschoben, wo der zeitige Stelleninhaber entweder mit dem Tode abging, pensionirt oder durch Versetzung in ein anderes Amt anderweitig dienstlich vermandt wurde. Auf diese Weise sind, wie man der „Wef.-Z.“ schreibt, nach Maßgabe der sich gebotenen Gelegenheit bis zur Gegenwart minder wichtige Steuerämter aufgehoben worden. Nachdem für die Ausführung des neuen Brandweinsteuergesetzes eine große Anzahl neuer Aufsichtsbeamten erforderlich ist und auch die Erhebungsbeamten bedeutend stärker in Anspruch genommen werden, ist vom Herrn Finanzminister der Befehl ergangen, von der weiteren allmählichen Einziehung von Steuerämtern vorerst gänzlich abzusehen, bis die in Veranlassung des neuen Brandweinsteuergesetzes vollständig werdende Organisation der Steuerbeamtenstellen definitiv abgeschlossen ist.

* **Der Herrenhaus-Vizepräsident v. Kochow-Pleskow** ist derselbe, der im Jahre 1856 am 10. März den Polizeipräsidenten von Berlin, Frn. v. Hinckelberg, im Duell erschoss.

* **[Salisbury und die Friedensliga.]** Nach Petersburg wird der „M. Z.“ gemeldet: Aus

englischer Quelle soll Salisbury ein Aktienstück unterzeichnet haben, welches England zur Unterstützung der Friedensliga verpflichtet.

* **[Die Verpflegung der Gefangenen.]** Wir haben dieser Tage Mittheilungen über eine Verbesserung der Gefangenenkost gebracht, die sich ganz im Stillen vollzogen habe. In der Deffentlichkeit mag von dieser Angelegenheit ja nur wenig die Rede gewesen sein; wer indessen die vom Ministerium des Innern ausgegangenen statistischen Veröffentlichungen verfolgt hat, der weiß, daß jetzt nur eine seit längerer Zeit vorbereitete Abänderung des Speiseetats der Gefangenenanstalten zur allgemeinen Durchführung gelangt ist. Die erste Probe wurde, wie man hierzu der „M. Z.“ schreibt, mit dem neuen Speiseetat in der neuen Straf-anstalt zu Wehlheiden gemacht; dieselbe wurde hier durch Ministerialverfügung vom 20. August 1882 eingeführt. Zwar erhoben sich von mehreren Seiten gegen denselben Einwendungen; man wollte die darin vorgeschriebenen Speiseportionen als nicht ausreichend zur Sättigung der Gefangenen erachten. In Folge dessen wurde, obwohl in der Anstalt Wehlheiden selbst keines der erhobenen Bedenken als begründet erachtet werden konnte, nach zweijähriger Erprobung in dieser Anstalt der neue Speisetarif laut Verfügung vom 7. Febr. 1885 noch in einigen anderen Anstalten probeweise zur Anwendung gebracht. Es waren das die Straf-anstalten zu Wartenburg, Moabit, Brandenburg, Naugard, Rawitsch, Lüneburg, Kassel und Werden. In diesen 8 Anstalten wurde vom 1. April 1885 ab bei der Verköstigung der Gefangenen der wehlheidener Tarif zu Grunde gelegt. Dabei wurde zugleich die Verfügung vom 29. Juli 1874 in Erinnerung gebracht, derzufolge den Gefangenen, welche mit besonders schweren und anstrengenden Arbeiten beschäftigt, Brodportionen bis zu 125 Gr. gewährt werden dürften. Allem Anschein nach sind auch die weiteren Proben günstig ausgefallen, und es wird nunmehr, vermuthlich bereits vom 1. April 1887 ab, zur allgemeinen Einführung des wehlheidener Speisetarifs übergegangen sein. Die oben gemachten Bemerkungen bezogen sich nur auf die vom Ministerium ressortirenden Straf-anstalten. Es unterliegt indessen wohl keinem Zweifel, daß auch in den zum Ressort des Justizministeriums gehörenden Straf-anstalten die gleiche Verbesserung der Gefangenenverpflegung vorgenommen ist oder vorgenommen werden wird.

* **[Notenumlauf.]** Nach der amtlichen Zusammenstellung hatten Ende vorigen Monats die hiesigen deutschen Notenbanken einen Notenumlauf von 1 208 002 000 Mk., worunter die Reichsbank mit 1 010 549 000 Mk.; gegen den Vormonat hatte der Notenumlauf durchweg zugenommen.

* **[Ueber den Congostaat]** schreibt man der „M.-Z.“ aus Brüssel: Wiederholt ist erklärt worden, daß seit dem 28. Juni v. J., an welchem Tage Stanley in das Innere Afrikas vom Atoumwi aus vorgezogen ist, keine glaubwürdige Nachricht über ihn nach Europa gelangt ist. Auch die neueste aus Cairo eingegangene Meldung über die Ankunft Stanleys in Wadela, welche Herr Dr. Schweinfurth übermittelt hat, verdient keinen Glauben. — Zu nicht geringer allseitiger Ueberraschung hat die Congoregierung jetzt beschlossen, mit der Veranstaltung der Congo-lotterie nunmehr vorzugehen. Alle Vorarbeiten sind fertig gestellt. Die Regierung hat damit einen wenig günstigen Augenblick gewählt. In Belgien wird diese Lotterie wenig Anhang finden. Nur die amtlichen Kreise schwärmen für das Congo-werk; die weiten Volksschichten halten sich misstrauisch und ängstlich von ihm fern. Das Mißtrauen ist in letzter Zeit um so mehr gewachsen, als der Einbruch der Araberhorden die unsichere Lage des Staates gezeitigt und die Uebertragung des Congo-schiffahrtsbienstes an die Engländer die nationale Eigenliebe

schwer verletzt hat. Man hofft also stark auf das Ausland. Es ist kaum anzunehmen, daß ausländische Kreise sich dazu finden werden, um ihre Gelder in einer Finanzoperation anzulegen, die zwar große Gewinne verspricht, aber für die Sicherheit des Kapitals sehr fragwürdig ist. Empfehlenswerth ist diese Kapitalanlage keinesfalls. — In Baltimore hat sich unter dem Vorsitz des Herrn Henry Cox aus Washington mit einem Kapital von 2 Millionen Dollars eine Schiffsahrtsgesellschaft gebildet. Ihre Dampfer sollen Passagiere, Auswanderer, die Post und Waaren von Baltimore, Newports-News und Savannah nach den Canarischen Inseln, nach der Westküste Afrikas, längs der Küste der Republik Liberia und der Goldküste bis zur Mündung des Congo befördern. Die Einfuhr soll Leder, Zelle, Goldstaub, Zuckerrohr, Kautschuk, Del, Eisenblech, Palmöl, Palmnüsse, Reis, Kaffee, Cacao und andere Producte der afrikanischen Küste, die Ausfuhr baumwollene Stoffe und gefertigte Waaren umfassen. Am Obercongo besitzen die Amerikaner schon unter der Firma Sandford Exploration Company Handelsniederlassungen mit eigenem Personal, Dampfer, Factoreien und Niederlagen.

* **[Der österreichische Botschafter in Berlin.]** Graf Sechenyi, wird sich in nächster Zeit in das Privatleben zurückziehen; derselbe ist schon seit längerer Zeit körperlich leidend. Sein Nachfolger wird ebenfalls ein ungarischer Magnat sein.

Bingen, 13. Januar. Auf Anregung der hiesigen Handelskammer circulirt augenblicklich in hiesiger Stadt und Umgegend eine sich mit massenhaften Unterschriften von Weinbergbesitzern und Weinhändlern bedeckende Petition an den Reichstag betreffs des Gesetzes vom 14. Mai 1873 bezüglich Wein. Die Petition bezweckt, die tiefempfundnen Mängel des angeführten Nahrungsmittelgesetzes in folgender Weise geregelt zu sehen: 1) Gänzlich Verbot der gewerbsmäßigen Herstellung und des Vertriebes von Rauschwein, sowie die Uebertretung dieses Verbotes unter strenge Strafe zu stellen; 2) die rationelle Weinverbesserung bei der ersten Gährung zu gestalten, ohne daß so hergestellte Weine besonders bezeichnet werden müssen; 3) Jeder andere Zusatz als der bester Zuckerlösung soll untersagt werden. Der vorliegende Antrag wird damit motivirt, daß bei den überwiegend geringen Jahrgängen die Weine unserer Provinz im Naturzustande zum Consum nicht geeignet, in Jahrgängen wie der vergangene vielmehr theilweise geradeweg gesundheitsnachtheilig und fast werthlos sind, während der Verkauf rationell verbesserter Weine unter besonderer Bezeichnung nicht ausführbar erscheine.

Kreuznach, 13. Jan. Für das Hutten-Eichingendenkmal sind in letzter Zeit die Beiträge wieder etwas reichlicher geflossen; doch müssen die Sammlungen noch fortgesetzt werden, da die benötigte Summe noch nicht erreicht ist. In der Pfalz, auf deren Boden sich das Denkmal erheben wird — die Ebernburg liegt an der Grenze der Pfalz und der Rheinprovinz —, sind im ganzen 3000 Mk. gesammelt worden. Zwei Gaben sind in diesen Tagen aus Siebenbürgen eingegangen.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Bei der heute von dem Präsidenten Carnot in Rambouillet abgehaltenen Jagd glitt ein Waldwarter, welcher den General Brugère begleitete, aus und ließ das Gewehr fallen. Dasselbe entfiel sich und der Schuß traf den General an der linken Hüfte. Die Verwundung ist eine ziemlich erhebliche, der Zustand des Generals zur Zeit nicht bedenklich. (W. L.)

Schweden.

* **[Die Verlobung des Prinzen Oskar]** mit dem Hofräulein Ebba v. Munik scheint, so schreibt man uns, in der That bereits stattgefunden zu haben; man erwartet deren officielle Declaration am 21. d. M., dem Geburtstage des Königs oder

Die Kinder der Excellenz.

14. Roman von Ernst v. Wolhogen. (Fortsetzung.)

„So, nun wollen wir die Sache mal beizeln!“ rief der alte Diebdrichsen, seine Liebblingsredensart mit Genuß anbringend, und rückte sich den Klavierstuhl zurecht. „Eins, zwei, drei, vier los!“

Mit dröhnender Begeisterung stürzte sich das komische Paar auf die Tasten. Aber schon bei der dritten Zeile machten sich Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf das Tempo geltend, und wie der Musikdirector durch kräftiges Klopfen und nachdrückliches Kopfnicken das Gleichgewicht wieder herstellen wollte, griff Trudi sogar höchst energisch daneben.

„Aber, aber, aber!“ rief der kleine Musiker entrüstet und stemmte, Trudi vorwurfsvoll anblickend, die Arme in die Seiten: „Bei so einer feistlichen Gelegenheit spielt man doch ein bischen ordentlich, denk ich.“

„Er ist ja aber erst ganz unordentlicher Professor geworden“, lachte das Mädchen. „Da verdient er's noch gar nicht besser.“

„Sie kleiner Schelm, Sie!“ Der Lehrmeister war entzweit und hüßte die kleine, unaufmerksame Hand der Schülerin.

Ach, dem Baronchens schwirrten ganz andere Noten im Kopfe herum. — „Wissen Sie, Meisterchen“, sagte sie, „bei einer richtigen Tubelouverture muß es schon ein wenig toll zugehen. Ich habe also ganz stillvoll gespielt.“

„Tubeln Sie wirklich so toll mit? Ach mein liebes, gnädiges Fräulein, dann kann der Meister Weber freilich nicht mitkommen: dann wollen wir doch lieber ein Wettspielen ohne Noten veranstalten, damit wir sehen, wem mit unserm Hans am besten meint von uns Beiden.“

Und ehe sie Zeit hatte, auf diesen übermüthigen Vorschlag etwas zu erwiedern, bearbeitete der drockige Mann schon die tiefere Hälfte der Klaviatur. In vollen Accorden ließ er ein trompetenhaftes Marschthema erschallen, während die Linke die Pauken und Becken schlug. Und nachdem er so einige Zeit ganz ausschweifend über das Thema der Vaterfreude phantasirt hatte, begann plötzlich Trudi in ganz anderem Takt völlig harmonisfremde Tonleitern zu spielen.

„Aber nein, — psui! — hören Sie auf, Fräuleinchen!“ rief Diebdrichsen und hielt sich die Ohren zu. „Wenn Sie's mit meinem Hans nicht besser meinen!“

„Mehr darf ich mir doch nicht herausnehmen, dem eigenen Vater gegenüber!“ neckte Trudi. „Die Tonleiter ist die Grundlage aller musikalischen Gefühle — hören Sie doch, wie ich den Herrn Professor schätze! In A-dur, in Cis-moll, in H-dur, — sogar in Fis-moll! Wenn das keine soliden Gefühle sind! Und weiter habe ich doch keine Rechte auf ihn!“

„D doch, liebes, kleines, gnädiges Fräulein!“ sagte der Musikdirector und kniff verschminkt ein Auge zu, während der blonde Krauskopf der Schülerin sich etwas tiefer über die Tasten neigte, und sie fortwahr, ihre Schalen durch den ganzen Quintenzirkel zu jagen.

„Mehr Recht, als der eigene Vater, fürcht' ich. Haben Sie denn garnichts gemerkt? Oder wollten Sie . . . Dürften Sie nichts merken? Ach, gehen Sie . . . warum antworten Sie garnichts?“

„St! Ich bin noch nicht herum!“ sagte sie ernsthaft, ohne sich stören zu lassen. Der alte Herr erhob sich und legte sein glattes, rundes Gesicht in ärgerliche Falten. Er trat an's Fenster und blickte hinaus auf die hochinteressante Stromstraße.

„Wie ist das doch in As-dur, Meisterchen? Nehme

ich hier den dritten oder den vierten Finger?“ fragte Trudi vom Klavier her.

„Gar keinen Finger nehmen Sie — die ganze Hand sollen Sie nehmen, wenn er sie Ihnen anbietet.“

Trudi lachte laut auf. „Sind Sie nicht auch beauftragt, mir eine Liebeserklärung zu machen, Herr Director?“

„Beauftragt? Natürlich, nein! Solche Sachen versteht mein Hans schon allein zu beizeln!“ sagte der Alte mit wiederkehrender lustiger Laune. „Aber da wir einmal im Zuge sind . . . Fräulein Trudi!“

Dabei kniete er mit einiger Schwirigkeit vor dem Mädchen nieder und erhaschte ihre warme, kleine Hand. „Ich habe kein Schloß und keine Krone, aber ein schuldenfreies Haus in der Stromstraße und einen sehr hübschen, ganz außerordentlichen Professor zum Sohne. Ich hätte nie gewagt, meine Augen bis zur Tochter einer Excellenz zu erheben, wenn ich nicht aus der Erfahrung von zwei Jahren zu der Ueberzeugung gekommen wäre, daß diese Excellenztochter das bescheidenste, lebenswürdigste Menschenkind von der Welt und von ganz Moabit ist, das mit eben so viel Vergnügen einen außerordentlichen Professor glücklich machen wird, wie einen ordentlichen Offizier oder so etwas — falls sie ihn nur liebt! Sie haben mir Hoffnungen gemacht, Fräulein Trudi. — Sie haben mich zu wiederholten Malen nicht nur Meißerchen, sondern sogar Papachen genannt — und darum finde ich auch jetzt den Muth, Ihnen meine glühende Liebe zu gestehen und Sie zu fragen: wollen Sie mich zum Schwiegervater haben?“

Es war als ein übermüthiger Scherz gemeint; aber der kleine, zärtliche Herr hatte sich zum Schluß in ganz ernsthaften Eifer hineingeredet und erwartete mit der ängstlich gespannten Miene

eines wirklichen, erprobten Freiers die Antwort. Und Trudi erhob sich mit schüchternem, erröthender Befangenheit, der Rolle getreu, von ihrem Drehstuhl, wandte sich halb von dem Knienenden, der noch immer ihre Linke festhielt, und flüsterte: „Sprechen Sie — mit Ihrem Sohne!“

Während der Musikdirector sich lachend und stöhnend zugleich aus seiner unbequemen Liebeshaberstellung aufrichtete, klopfte es an der Thür, und einen Augenblick später stand der neue Herr Professor Diebdrichsen mitten im Zimmer.

„Entschuldigen Sie nur, gnädiges Fräulein, wenn ich die Klavierstunde unterbreche. — Du Papa, Herr Müller ist unten, er will Dich auf ein paar Minuten sprechen.“

„Was für ein Müller denn?“

„Weißt Du nicht, Herr Müller, der . . .“

„Ach so! Der Herr Müller“, schmunzelte der Alte verständnißförmig. „Na, mit dem werde ich bald fertig werden — ich bin gleich wieder oben, Fräulein Trudi!“ Und dann flüsterte er seinem Lehengrün ein Wort ins Ohr und trollte sich eilig hinaus.

„Wollen Sie nicht gefälligst Platz nehmen, Herr Professor?“ sagte Trudi förmlich und wies dem blonden Hans einen Stuhl am Tische an, während sie sich an dessen anderer Seite auf das Sopha setzte.

„Mein Vater hat Ihnen natürlich schon gesagt, daß meine Hoffnungen sich überraschend schnell erfüllt haben.“

„Mama und Asta werden sehr bedauern, Ihnen nicht auch gleich ihre Glückwünsche aussprechen zu können.“

„Sie sind so kühl und gemessen, Fräulein Trudi, — freuen Sie sich nicht ein wenig mit mir?“

„D gewiß, Herr Professor. Aber Mama und Asta sind ausgegangen und da . . .“

„Das hat mir die Minna schon gesagt und ich

Tags darauf. Es heißt ferner, die Königin, welche Ende dieses oder Anfang nächsten Monats nach Bournemouth in England, das wegen seines milden Klimas bekannt ist, geht, werde von beiden Bräutleuten begleitet sein, und werde die Vermählung dann in England in aller Stille stattfinden. Der Prinz verzichtet auf alle seine Erbansprüche und wird sich der Marine, seinem Lieblingsberufe, ganz widmen und als Commandeur-Capitän, welchen Rang er in Schweden bekleidet, in Karlskrona festen Wohnsitz nehmen, wo sich bekanntlich der Sitz der Flottenverwaltung und der Marinebefehle befindet. Seine Braut, Fräulein Ebba v. Munk-Fulhila, ist gegen 30 Jahre alt und Hofdame der Kronprinzessin seit deren Vermählung. Die Dame gehört einem finnländischen Geschlechte an, dessen Adel von 1575 datirt. Ihr Vater war Oberst des Jönköpings-Regiments und ihre Mutter eine geborene Freiherzin Cederström. Ihre beiden Brüder sind Offiziere und ein Dritter Flügeladjutant des Königs. — Dem Prinzen Oskar, der wegen seiner Geradsicht und Offenheit seit lange der Liebling des schwedischen Volkes ist, zollt man im Publikum vollen Beifall zu seiner Wahl. Man sagt, es sei ehrenvoll für den jungen Prinzen, dem Drange seines Herzens zu folgen und auf seine Vorrechte als Prinz zu verzichten, um mit seiner Gattin auf gleichem Fuße stehen zu können, als sich eine inorganatische Gemahlin zu nehmen. Indem nun Prinz Oskar seinem Erbtroth entragt und in schwedische Dienste tritt, entsagt er auch zugleich seiner Erbrechte auf Norwegen.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Berlin, 16. Januar. [Abgeordnetentag.] Das heutige Finanz-Exposé des Ministers v. Scholz erregte nur auf der rechten Seite Bravo. Die Hauptenthüllung des Hrn. v. Scholz ist, daß die Mehreinnahmen aus den Ueberschüssen aus den Reichsteuern, welche hauptsächlich in der Verwendung von Schulausgaben im Betrage von 20 Millionen bestehen, von Preußen unbedingte festgehalten werden sollen. Der Entwurf will von dem Einkommen eines jeden ersten Lehrers 400 Mk., jedes zweiten Lehrers 200 Mk., jedes Hilfslehrers 100 Mk. den bisher Verpflichteten abnehmen und auf die Staatskassen übernehmen. Aber der Staat gewährt dies nur unter den Bedingungen, daß die Schulgelder an den Volksschulen aufgehoben werden. Das Minimum des Einkommens für katholische Pfarrer soll auf 2400 Mk., für evangelische auf 3600 Mk. gebracht werden. Das Reich soll auf den Ertrag der bisher bewilligten Steuern für immer zu Gunsten der Einzelstaaten verzichten. Braucht das Reich noch mehr Einnahmen, so soll es sich neue Reichsteuern schaffen. Darnach würde also das Reich von den Einnahmen aus der Branntweinsteuer und den erhöhten Kornzöllen nichts weiter zu neuen Ausgaben erhalten. Zu der der Altersversorgung z. B. würde also nichts übrig bleiben. Will das Reich das Alters- und Invaliditätsversicherungs-Gesetz einführen — und es soll es ja — so soll es auch wieder neue Reichsteuern oder Zölle schaffen, aus deren Ertrag die Ausgaben zu decken sind. Herr v. Scholz schien die Befürchtungen wegen des Tabakmonopols und der Biersteuererhöhung vor den Augen der Aengstlichen bei Seite schieben zu wollen, indem er sagte, er brauche sich dabei nicht auf Projekte einzulassen, welche sich als unlösbar erweisen könnten. Aber es schien auch nur so, denn des Hrn. v. Scholz frühere Ansprüche stehen dem geradezu entgegen. Und wie wollte er auch anders die enormen Mehrausgaben decken, die noch für das Reich ausgeklügelt sind, um die Volkshaft vom 17. November 1881 und die Aera des „praktischen Christenthums“ zur Durchführung zu bringen? Für den Erlaß der Reliktenbeiträge würden 6 Millionen in Aussicht genommen, die Verbesserung der Pfarrgehälter würde 744 000 Mk. in Anspruch nehmen. — Im Abgeordnetentag-Hause findet Freitag die erste Lesung des Etats statt.

Im Herrenhause theilte der Präsident folgendes Telegramm des Kronprinzen mit: „Für die mir von Ihnen im Namen des Herrenhauses ausgesprochenen guten Wünsche für meine Genesung sage Ihnen aufrichtigen, warmen Dank und erwidere sie mit der Versicherung, daß ich, bis meine Gesundheit sich befestigt haben wird, auch aus der Ferne Ihnen zum Wohl des Vaterlandes gewidmeten Arbeiten mit Aufmerksamkeit folgen werde.“ Der Präsident theilte ferner mit, daß Hr. Miquel telegraphisch die Wahl zum zweiten Vicepräsidenten angenommen habe. Ein Schreiben des Ministers des Innern zeigt an, daß Freiherr v. Schorlemer-Nieternich nach einem Erkenntniß des Landgerichts zu Bonn wegen Verleumdung des Kaiserthums zum Gefängnis verurtheilt sei. Eingegangen ist ein Gesetzentwurf, betreffend die Vereinigung der Gemeinden Geseftemünde und Geseftendorf. Nachdem die Vereinigung des neu eingetretenen Freiherrn v. Steinberg stattgefunden, schließt die Sitzung. Nächste Sitzung unbestimmt.

Berlin, 16. Jan. Aus dem preussischen Etat pro 1888/89 ist hervorzuheben: Bei den Staatsverwaltungsangelegenheiten sind, abgesehen von der Schulvorlage, 87 1/2 Millionen Mark mehr erforderlich. Die Vermehrung der Beamten für die Steuererhebung in Folge der neuen Branntweinsteuer, durch Schaffung von Ober-Controll-Assistenten mit 2500 Mk. Durchschnittsgehalt, erfordert, außer 1 Million für Baulichkeiten, ein Pauschquantum von 3 1/2 Millionen Mark in Ordinarium. Im Etat des Ministeriums des Innern wird 1/4 Million Mark mehr für die Schutzmannschaft in Berlin, 50 000 Mark Dienstkostenzuschüsse für unzureichend dotirte Landdrathen verlangt; 1500 Mark mehr erhalten Ober-Präsidentalräthe. Außer den laufenden 2 Millionen für Weichsel- und Neogat-Regulirung sind angelegt für den Ausbau der Weichselmündung bei Neufähr 70 000 Mk., für Anlage des Winterhafens bei Dirschau 190 000 Mark unter der Bedingung, daß die Stadt Dirschau die nicht unentgeltlich überlassenen Flächen ankauft und dem Staat zu anschlagmäßigem Preise übereignet. Zur Herstellung einer Schiffswerft für die Weichsel-Bau-Verwaltung in Gr. Plehnendorf werden 86 000 Mark gefordert, um dort die bisher auf Privat-Werften in Danzig, Elbing, Thorn gemachten Reparaturen ausführen zu lassen. Für Umbauten im Schloß zu Königsberg werden 35 000 Mk., für ein neues Dienstwohngebäude für den Lootsen-Commandeur in Neufährwasser 32 500 Mk., für den Neubau eines Amtsgerichtsgefängnisses in Marienburg als erste Rate 1 000 000 Mk. (? soll wahrscheinlich 100 000 Mk. heißen. D. Red.), für den Bau eines Sectionshauses bei dem Gefängniß auf Neugarten in Danzig 12 000 Mk., für Befestigung der Seelaer Dünen wie im Vorjahr 11 000 Mk., für den Umbau der Strafanstalt Graudenz als erste Rate 125 000 Mk. gefordert. Der Etat des Ministeriums des Innern enthält ferner die Befolgungen für die 17 neuen Kreise Westpreußens und Posen. Bei der Polizei in Danzig sind je ein Bureaubeamter 1. und 2. Klasse, ein Kanakist und ein Bote mehr in Ansatz gebracht. An Staatsbeitrag für Restauration des Marienburger Schlosses sind 15 000 Mk., für Förderung des Schulwesens in Westpreußen, Posen und Reg.-Bez. Oppeln 500 000 Mk. (gegen das Vorjahr 100 000 Mk. mehr), außerdem im Extraordinarium 600 000 Mk. für Schulbauten in den genannten Bezirken angelegt. Für das auf den Staat zu übernehmende Programmjahr zu Coburg sind 4800 Mk. im Ordinarium des Cultus-Etats, für den Neubau eines Dienstgebäudes für das Hauptzollamt in Strassburg 75 250 Mk. angelegt. Der Etat der Anstielungscommission ist um 42 000 Mk. erhöht. Bei der Danziger Regierung wird die Stelle eines Regierungsrats in eine Ober-Regierungsratsstelle mit Dirigentenlöhne für die Schulabtheilung von 900 Mk. umgewandelt.

Aus San Remo, vom 15. Januar, wird gemeldet: Heute herrschte hier kaltes Wetter. Der Kronprinz hat in Folge dessen das Haus nicht verlassen. Aus San Remo vom 16. Januar: Seit gestern ist die Mitterung hier äußerst rau; heute früh 3 Grad Celsius. Die umliegenden Höhen sind seit einigen Tagen leicht mit Schnee bedeckt. Der Kronprinz ist seit Freitag leicht erkältet und an das Zimmer gefesselt.

Berlin, 16. Jan. Der Kaiser stand heute um neun Uhr auf, nahm Vormittags verschiedene Vorträge, darunter einen längeren des Geh. Cabinets-Raths Wilimowski, entgegen, empfing Nachmittags den General v. Dornitz und den Grafen Brühl-Pforten und nahm den Vortrag des Grafen Herbert Bismarck entgegen, welcher Nachmittags aus Friedrücksruh zurückkehrte.

Die Kaiserin machte Mittags ein Uhr eine Spazierfahrt; sie empfängt 1/4 Uhr den Grafen Brühl-Pforten und Abends 6 Uhr hält die Kaiserin eine Sitzung mit einer Deputation von zwanzig Frauen vom Verein zum Rothen Kreuz im Palais ab.

— Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist die erste Klasse der zweiten Abtheilung des Cuxien-Ordens verliehen worden an die Gemahlinnen des Cultus-Ministers von Gohler und des General-Intendanten Hofberg, ferner an Frau Hedmann (Berlin), Frau Schöber (Frankfurt am Main) und Fräulein Jung (Saarbrücken).

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt officiös: Die „Hamburger Nachrichten“ glauben als symptomatisch bemerkenswerthe registriren zu müssen, daß der „Reichsanzeiger“, der sonst niemals Auslassungen über die auswärtige Lage in seine Rubrik „Zeitungsstimmen“ aufnehme, daselbst einen Artikel der „Schleßischen Zeitung“, betitelt „Vertrauen in den Frieden“, abgedruckt habe. In diesem Artikel war das dem Fürsten Bismarck in den Mund gelegte Wort „Lassen Sie sich nicht verblüffen“ citirt und „des weiteren ausgeführt, daß die Lage der Dinge wahrlich dazu angethan sei, das Vertrauen in den Frieden zu festigen.“ Die „Schleßische Zeitung“ ist wie jedes andere Blatt berechtigt, ihre Ansichten über die Lage zu haben und auszusprechen, wenn aber die „Hamburger Nachrichten“ aus dem Umstand, daß der „Reichsanzeiger“ den Artikel der „Schleßischen Zeitung“ reproducirt hat, folgern wollen, die Auslassungen der „Schleßischen Zeitung“ seien von amtlicher Seite sanctionirt worden, so können wir dieser Auffassung aus Grund der von uns eingezogenen Erkundigungen entgegenreten.

Berlin, 16. Januar. (Privattelegramm.) In den kurzen Motiven zu dem neuen Socialisten-Gesetz wird die Nothwendigkeit der Ausweitung aus dem Reichsgebiet damit begründet, daß, wer die Existenzbedingungen des Staates verneint und für die Herbeiführung eines gewalttamen Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung berufsartig seine Kräfte einsetzt, nicht den Anspruch auf weitere Staatsangehörigkeit erheben dürfe. Als Hauptzweck der beantragten Verschärfungen des Gesetzes wird die Bekämpfung der auf die Verbreitung der verbotenen socialdemokratischen Druckschriften wie des Züricher „Socialdemokrat“ gerichteten geheimen Organisationen bezeichnet. (Wiederholt.)

Bremen, 16. Januar. Einem Kabeltelegramm aus Newyork zufolge befürchtet man dort, daß der französische Dampfer „Britannia“ (2500 Tonnen), von Marseille mit 850 Passagieren nach Newyork, verunglückt ist (wie schon in der Abend-Ausgabe unter Schiffs-Nachrichten gemeldet). Das Schiff passirte bereits vor 25 Tagen Gibraltar und hat seine Bestimmung noch nicht erreicht.

Paris, 16. Januar. [Kammer.] Auf die Interpellation von Camarzone, betreffend das Verhalten des Pariser Gemeinderaths während der letzten Präsidentschaftskrise, erklärte der Minister des Innern, der Municipalrath verfaßt allerdings häufig den Charakter seiner Beschlüsse, er bereite jedoch nicht die Insurrection vor. Die Regierung werde durch niemanden die Gesetze verletzen lassen, sie werde von ihrem Rechte Gebrauch machen, dem Seinepräfecten Wohnung im Stadthause anzuweisen, und für den betreffenden Antrag bei der Kammer die Dringlichkeit verlangen. Die Auflösung des Municipalraths werde die Regierung nicht beantragen.

London, 16. Januar. Aus Petersburg wird der „Daily News“ gemeldet: In Kreisen, die gut unterrichtet zu sein pflegen, ist ein seltsames Gerücht im Umlauf, dem zufolge zwei Prinzen des Hauses Orleans: Ludwig Philipp (Sohn des Grafen von Paris) und Heinrich (Sohn des Herzogs von Chartres) die Erlaubniß zum Eintritt in das russische Heer nachgesucht und erhalten haben. Es wird hinzugefügt, daß beide Prinzen in die Garde eintreten werden.

— Dem „Standard“ zufolge schweben gegenwärtig Unterhandlungen zwischen der Türkei und England betreffs eventueller Ausführung des Vertrages von Cyprus, kraft dessen England die asiatischen Besitzungen des Sultans garantirt.

Warschau, 16. Januar. Der amtliche „Dniemowich Warszawski“ veröffentlichen folgende Neujahrstede des General-Gouverneurs Surko zu den Militär- und Civilbehörden: „Ich gratulire Ihnen zum neuen Jahre und wünsche, daß es uns wie das vergangene in der fortschreitenden Waffenvervollkommnung fördern und Sr. kaiserlichen Majestät Freude und unserm Vaterlande Ruhm bereiten möge.“

Bon der Marine.

Riel, 15. Januar. Auf der kaiserlichen Werft zu Kiel werden schon Vorbereitungen getroffen, um die zum Frühjahr in Dienst zu stellenden Schiffe rechtzeitig abliefern zu können. Die beiden Schiffsjungen-Schiffe „Köber“ und „Musquito“, welche einer gründlichen Reparatur unterzogen wurden, sind nahezu fertiggestellt. Das Cadettenhuldschiff „Fregatte „Niobe“ befindet sich im Trockenock und wird in den nächsten Tagen auslaufen. Es sind auf diesem Schiffe bisher nur unbedeutende Reparaturen ausgeführt, es heißt jedoch, daß dasselbe vor seiner Indienststellung einer Hauptreparatur unterzogen werden soll. Das Panzerschiff „Kaiser“, welches bekanntlich an den leistungsfähigen Manövern theilnahm und den Prinzen Ludwig von Bayern als Gast der Marine an Bord hatte, ist mit einer neuen Commandobrücke und mit einem Thurm versehen worden. Letzterer soll zur Aufstellung verschiedener Apparate, namentlich solcher, welche für die elektrische Beleuchtung notwendig sind, dienen. Auch das Panzerschiff „Deutschland“ hat einen solchen Thurm erhalten. Im übrigen wird auf der hiesigen kaiserlichen Werft zur Zeit mit der etatsmäßigen Arbeitskraft von ca. 2500 Mann gearbeitet. Von der Neuinstellung von Arbeitern zum Frühjahr verlautet nichts.

Danzig, 17. Januar.

* [Zucker-Verschiebung.] In der Zeit vom 1. bis 15. Januar sind über Neufährwasser an inländischem Rohzucker 120 644 Zolcentner verschifft worden, und zwar 117 644 nach England, — nach Holland und 3000 nach Schweden und Dänemark. Insgesammt wurden seit Beginn der Campaigne im August 1887 bis 15. Januar nach diesen Ländern 806 242 Zolcentner, ferner nach Hamburg 11 000 und nach inländischen Raffinerien 10 780 Zolcentner verschifft, zusammen 828 022 Zolcentner (gegen 1 004 552 im Vorjahr). Die Ankünfte in Neufährwasser betragen bisher 1 199 526 Zolcentner (gegen 1 435 188 im Vorjahr); die Vorräthe in Neufährwasser am 15. Januar 482 086 Zolcentner (gegen 669 000 zu gleicher Zeit v. J.). An russischem Krykallzucker wurden vom 1. bis 15. Januar 14 480 Zolcentner nach England, während der Campaigne 49 176 Zolcentner (gegen 13 800 im Vorjahr) verschifft. Bestand am 15. Januar 20 242 Zolcentner (gegen 9400 15. Januar v. J.).

* [Aus dem Bundesamt für das Heimathwesen.] Der westpreussische Landarmenverband hatte die in Alt Münsterberg ortsbekährige Arbeiterfrau Lornier durch Gewährung einer Freistelle in der Provinzial-Irrren-Anstalt zu Neufahrt in Armenpflege genommen. Am 21. December 1886 erfolgte die Entlassung der L. aus der Anstalt, und zwar wurde dieselbe, da der Orts-Armen-Verein Alt Münsterberg die Uebernahme derselben ablehnte, durch Transport dem Amtsvorsteher zu Milenz zugeführt. Der Landarmenverband forberte nunmehr Klagen von dem Orts-Armen-Verein Alt Münsterberg die Entlassung der durch diesen Transport

verursachten Kosten. Der Bezirks-Ausschuß zu Danzig erkannte verurtheilend. Auf die Berufung des Beklagten überlie diese Entscheidung ab und wies die Klage aus folgenden Gründen zurück: Es ist zwar mit dem Vorberichter davon auszugehen, daß die Verpflegung auch zur Zeit ihrer Entlassung den Unterführungs-Wohnsitz in Alt Münsterberg noch besaß. Ebenso würde dem Anspruch des Klägers auch der Umstand nicht entgegenstehen, daß die Weigerung des Beklagten, die Frau L. zu übernehmen, nicht zuvor durch Richterspruch festgestellt ist. Mit Grund aber wendet derselbe ein, daß durch den fraglichen Transport die L. garnicht ihm zugeführt, daß er nicht in die Lage gebracht worden sei, nunmehr selbst die Fürsorge für die L. zu übernehmen, zumal auch der Amtsvorsteher zu Milenz nicht etwa den Weitertransport nach Alt Münsterberg angeordnet, sondern die L. anderweitig zur vorläufigen Unterführung untergebracht hat. Unter diesen Umständen kann eine im Arme-recht begründete Verpflichtung des Beklagten, diese Transportkosten zu tragen, um so weniger anerkannt werden, als keineswegs festgestellt, ja nicht einmal wahrscheinlich ist, daß dieselben mit Hinzurechnung der Kosten des nun noch nothwendigen Transports nach Alt Münsterberg nicht höher sein sollten als die der directen Ueberführung von Neufahrt nach dort.

* [Zugverpätungen.] Als Ursachen der gestern Abend schon gemeldeten Zugverpätungen giebt die „Dirsch. Ztg.“ an, daß am Sonntag in dem Hauptzuge auf Station Gierwinck die Maschine ausrangirt werden mußte, weil sich die Räder heizgefahren hatten. Gestern hatte ein Güterzug, dessen Maschine defect geworden war, die Strecke einige Zeit gesperrt und es mußte der Zug wieder auf Station Gierwinck circa 40 Minuten liegen bleiben.

* [Ausländische Maße und Gewichte.] Nach der seitens der Minister für Handel und Gewerbe und des Innern untern 29. December v. J. an die Provinzialbehörden gerichteten, vor kurzem in dieser Zeitung mitgetheilten Circularverfügung, betreffend den Gebrauch ausländischer Maße und Gewichte seitens der Gewerbetreibenden, sollen die mit der Handhabung der Maß- und Gewichtspolizei betrauten Polizeibehörden ausdrücklich darauf hingewiesen werden, daß ausländische, mit dem Stichstempel nicht versehene Maße und Gewichte nur dann zu beanstanden sind, wenn sie sich an solchen öffentlichen Verkehrsstellen vorfinden, an welchen Waaren nach Maß oder Gewicht umgesetzt werden. Dies entspricht zwar dem Artikel der Maß- und Gewichtordnung vom 17. August 1868, welcher den Gebrauch gehörig gestempelter Maße im öffentlichen Verkehr vorschreibt, steht dagegen im Widerspruch mit dem § 369 Nr. 2 des Reichsstrafgesetzbuches, welcher bestimmt, daß Gewerbetreibende, bei denen zum Gebrauche in ihrem Gewerbe geeignete, mit dem gesetzlichen Stempeln nicht versehene oder unrichtige Maße vorgefunden werden, oder welche sich einer anderen Verletzung der Vorschriften über die Maß- und Gewichtspolizei schuldig machen, mit Geldstrafe bis zu 100 Mk. oder mit Haft bis zu vier Wochen bestraft werden. Diese Bestimmung, welche durch die Strafgesetznovelle vom 26. Februar 1876 in das Strafgesetzbuch gekommen ist, während bis dahin nur der Gebrauch ungestempelter Maße z. verboten war, ist bisher zufolge ministerieller Anweisung seitens der Provinzialbehörden wiederholt mit dem Bemerkem zur Kenntniß des bethelligten Publikums gebracht worden, daß schon der bloße Besitz sowohl von ungestempelten als von unrichtigen Massen z. seitens der Gewerbetreibenden strafbar sei. Die in Rede stehende Verfügung der Minister des Innern und für Handel und Gewerbe vom 29. Decbr. v. J. ist aber auch infolgedessen ungenügend, als viele Gewerbetreibende, z. B. die Holzhändler und Maschinenfabrikanten, sei es um die importirte Waare aus den Richtigkeit des vom ausländischen Verkäufer angegebenen Maßes zu prüfen, sei es um die Verkaufsobjecte genau in den seitens des ausländischen Marktes geforderten Abmessungen herzustellen, gleichsam gezwungen sind, die ausländischen Maße z. auf den Verkaufsstellen zu benutzen, d. h. an solchen öffentlichen Verkehrsstellen, an welchen Waaren nach Maß und Gewicht umgesetzt werden. Dem Bedürfnis der Gewerbetreibenden, wie dem Gesetze kann also, wie es das Aeltesten-Collegium der Berliner Kaufmannschaft dem Handelsminister in Vorjahr gebrach hat, nur dadurch genügt werden, daß der § 369 Nr. 2 des Strafgesetzbuches auf den durch Art. 10 der Maß- und Gewichtordnung verfolgten Zweck eingeschränkt wird.

* [Neue Rettungsboote.] Das erste der als Rundgebung zur neunzigjährigen Geburtsfeier des Kaisers von den Reichs-Post- und Telegraphenbeamten gestifteten drei Rettungsboote ist auf Tancoog-Westland bereits in Dienst gestellt. Das Boot führt dem Wunsche der Stifter entsprechend, den Namen „Reichspost“. Für das zweite im Bau befindliche Boot („Reichstelegraph“) ist Kolbergermünde als Aufstellungsort bestimmt. Das dritte Boot („General-Postmeister“) wird einer Rettungsstation an der schlesig-holsteinischen Küste zugeheilt werden.

* [Vortrag.] Am Donnerstag Abend wird im Apolloaal der dritte der von dem kaufmännischen Verein in diesem Winter veranstalteten öffentlichen Vorträge stattfinden. Als Redner ist für diesen Abend Hr. R. Cronau, Specialarbitr und langjähriger Mitarbeiter der „Gartenlaube“, angekündigt. Hr. Cronau hat vielfache Reisen in fremde Welttheile unternommen, um dort Land und Leute kennen zu lernen. Seine Wahrnehmungen auf diesen Reisen schildert er allwintertlich in einer Reihe von Vorträgen, die er in verschiedenen größeren Städten hält. Eine solche Vortragstour führt ihn diesmal zu uns, um uns die Art, wie amerikänische Damen heirathen, zu schildern. Da der Vortragende auch über guten Humor verfügt, läßt sich eine interessante Plauderei erwarten.

Z. Soypp, 16. Januar. Am 14. d. Mts. feierte der **Zoppo-Dirwaer Lehrer-Verein** im hiesigen Victoria-Hotel sein zehntes Stiftungsfest. Der große Saal dieses Hotels war fast vollständig gefüllt, da den zahlreichen Einladungen fast durchweg Folge geleistet war. Gesangs- und lebende Bilder und die Aufführung eines Theaterspiels sorgten für angenehme Unterhaltung; dem gemeinschaftlichen Mahle, welches bei der Länge der Vorbereitungen erst in der ersten Morgenstunde des neuen Tages begonnen wurde, folgte ein Tanz, welcher eine große Anzahl der Festtheilnehmer bis zum frühen Morgen vereinigte. — In der Nacht zum Sonntag wurde nach längerer Ruhepause abermals der Versuch gemacht, in das Geschloß des Kaufmann R. hier selbst an der Pennerschen Straße einzubrechen. Durch die Aufmerksamkeit des Besitzers und seiner Leute wurden die Diebe jedoch zeitig genug in ihrem Vorhaben gestört und ergriffen die Flucht.

Königsberg, 16. Januar. Zum **Prorector** der Universität für das nächste Studienjahr ist Herr Professor Hans Pruh (früher eine Reihe von Jahren Lehrer am städtischen Gymnasium in Danzig) gewählt worden.

Naturforschende Gesellschaft.

Sitzung am Tage der Feier des 145. Stiftungsfestes, den 4. Januar 1888.

Der Director der Gesellschaft, Herr Prof. Dr. Bail, legt von der neu eingegangenen Literatur die jüngsten, durch prachtvolle Tafeln illustrierten Publicationen der zoologischen Station von Neapel vor. — Hierauf erstattet derselbe Bericht über die Thätigkeit der Gesellschaft während des Jahres 1887: Herr Prof. Bail denkt zunächst der Mitglieder, welche in dem verfloffenen Jahre der Gesellschaft durch den Tod entziffen wurden. Am 14. August verschied in Folge eines Lungeneschlages aus dem Schlesien Herr Prof. Dr. Johann W. Cronau im Alter von fast 84 Jahren. Derselbe war seit 1830 Mitglied, seit 1873 Ehrenmitglied der Gesellschaft, in der er viele Jahre lang das Amt des Vicedirectors bekleidet hat. Er war ein vorzüglicher Lehrer, und seine in den Schriften unserer Gesellschaft und in den Programmen der Johannes-schule erschienenen bedeutenden mathematischen Arbeiten sichern seinem Namen eine bleibende Stelle in der Geschichte der Wissenschaft. Das An-

